

Danziger Zeitung.

Nr. 18612.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Das Unterrichtsgesetz.

Nach langem Harren sehen die Volksschullehrer, sehen alle, die an dem Wohl und Wehe der Schule gerechten Antheil nehmen, daß endlich die ausgesetzte Taube mit einem Blatt im Schnabel zur Arche wiederkehrt und bereits ihre Flügel senkt. Ob es ein Delblatt ist, ob es Frieden bedeutet für den Staat, für die Kirche, für die Schule und für ihr Verhältnis zu einander, darüber wird uns die Zukunft belehren. Ob das lang verheißene Schulgesetz nunmehr zu Stande kommt, ob es an dem energischen Widerspruch der Parteien oder an dem Widerstand der Regierung scheitert, vermag heute noch niemand mit Bestimmtheit zu sagen, die weiteren Verhandlungen mit ihrem Für und Wider werden erst allmählich ein sicheres Urtheil über das Geschick dieses Entwurfes gestatten. Nur so viel läßt sich schon heute vermuthen, daß der Entwurf von zwei Seiten her, und zwar von verschiedenen Gesichtspunkten aus, bekämpft werden wird. Den Freisinnigen ist das Wesentlichste in diesem Gesetz um so mehr bedenklich, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihnen keinerlei Bürgschaft gegeben ist, daß nicht die geistlichen Vollmachten der Reaction dienstbar gemacht werden.

Nach rund vierzig Jahren erscheint das Gesetz, welches in Artikel 26 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 verlangt ist. Bekanntlich hatte bereits im Jahre 1877 der damalige Cultusminister Dr. Falk den Entwurf eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes ausgestellt. Profane Augen haben diesen Entwurf niemals gesehen, er hat das Licht der Welt nicht erblickt, sondern ist im dunkeln Schloß der geheimen Archive verborgen geblieben, wahrscheinlich weil der damalige Ministerpräsident das Geld zu anderen Zwecken nothwendiger brauchte.

Der Wille des Kaisers, der auch in dem Erlaß betreffend die Reform des Unterrichtswesens vom 1. Mai 1889 Ausdruck gefunden, hat den Minister dazu gedrängt, das Schulnotationsgesetz, das er einmal von ferne zeigte, zum allgemeinen Schulgesetz zu erweitern und einzubringen. Die seiner Zeit noch vom Fürsten Bismarck gegenzeichnete Cabinetsordre ist zweifellos von den edelsten Absichten und Ideen getragen; sie befohl u. a. besonders im Schulunterricht den praktischen Gesichtspunkt, in der Religion das Ethische, in der Geschichte und auch sonst das Nützliche. Ob aber diese Absichten und Ideen gerade in dem Rahmen des Unterrichtsgesetzes, das dem Landtage jetzt vorliegt, sich entsprechend verwirklichen lassen, das ist die Frage, welche auch die Männer der Volksvertretung bei ihren Beratungen und Verhandlungen mit zu beantworten haben.

Nach dem Wortlaut der Thronrede soll der Entwurf „der Volksschule auf dem Boden der Gemeindeverfassungen eine sichere Grundlage gewähren, eine gerechte Vertheilung der Volksschul-lasten herbeiführen, die durch die Gesetzgebung der letzten Jahre angebahnte Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts zum Abschluß bringen und dem Lehrerstande den Bezug eines festen, den örtlichen Verhältnissen angemessenen Dienst Einkommens

gewährleisten“. Außerdem sollen die Beiträge des Staates zu dem Dienst Einkommen, den Alterszulagen und den Pensionen der Volksschullehrer erhöht und besondere Mittel bereit gestellt werden, um die Gemeinden bei der Aufbringung der Schulbaukosten zu unterstützen.

Bemerkenswerth ist, daß das Schulaufsichtsgesetz von 1872 neben dem Schulgesetz bestehen bleiben soll, und hieraus ergibt sich das Uebergewicht, welches dem Staate zu Ungunsten und zur Beeinträchtigung der Gemeinderichte zuerkannt werden soll. Sowohl nach den Worten der Thronrede, als nach der Begründung des Entwurfes seitens der Regierung und nach der Erklärung des Ministerpräsidenten soll die Volksschule der Gemeindeverfassung eingefügt und auf die Gemeinde begründet werden. Was die Schullasten betrifft, so fallen diese natürlich in erster Linie den Gemeinden zu, dagegen sind die entsprechenden Rechte erheblich zu Gunsten des Staates beschnitten und die Selbstverwaltung ist den Gemeinden nur dem Namen nach gelassen.

Zunächst bestehen die Schulvorstände und Schulausschüsse schon nicht ausschließlich aus selbstgewählten Mitgliedern, sondern von der Schulaufsichtsbehörde, d. h. von der Regierung werden außer den von der Gemeinde Gewählten noch als Mitglieder bestellt:

- 1) eine oder mehrere der mit der unmittelbaren Aufsicht über die Schulen des Bezirks betrauten Personen;
- 2) je ein Geistlicher oder Religionsdiener der betreffenden Religionsgesellschaften aus der Zahl der im Schulbezirk mit der Leitung des Religionsunterrichts betrauten und in dieser Stellung zum Besuch desselben befugten Personen;
- 3) ein oder zwei der im Schulbezirk angestellten Volksschullehrer;
- 4) soweit angängig und soweit dies von der Gemeinde (Schulverband) beantragt wird, ein Arzt.

Diese von der Regierung bestellten Mitglieder haben nun zwar kein Stimmrecht bei Geldbewilligung, aber doch in allen Fragen, welche sonst die Rechte der Gemeinden berühren. Bei solcher Zusammenfassung wird begreiflicher Weise die Selbstverwaltung unschwer lahm gelegt, die von der Gemeinde gewählten Mitglieder werden majorisirt, da die Lehrer gegen ihren Schulinspector und Geistlichen zu stimmen selten den Muth haben werden. Die Unabhängigkeit der Schulvorstände und Schulausschüsse ist leerer Schein und die Rechte derselben bestehen unter Umständen nur noch darin, daß sie berechtigt sind, die Schulbänke und die Tintenfassern in Ordnung zu halten.

Eine solche Zusammenfassung der Schulvorstände und Schulausschüsse ist völlig unannehmbar. Schon deshalb kann ein Liberaler dem Gesetze, wie es liegt, die Zustimmung nicht geben.

Dazu kommt noch der Druck, welcher durch die Organe der Schulaufsichtsbehörde, die Kreis- und Lokal-Schulinspektoren auf die Gemeinden und ihre Rechte ausgeübt werden kann, zumal es von dem Belieben des Unterrichtsministers

abhängt, ob er Geistliche oder Nichtgeistliche als solche bestellt. Der Einfluß, welcher der Geistlichkeit nicht nur durch die Schulinspektion, die zum größten Theil in ihrer Hand liegt und ihr noch in immer größerem Umfange ausgebaut werden wird, sondern besonders auch durch ihre Mitwirkung bei der Theilung des Religionsunterrichts eingeräumt ist, wird nicht nur von den Gemeinden, sondern auch, wie wir fürchten, vom Staate schwer empfunden werden. Konflikte zwischen der Schulaufsichtsbehörde und der Geistlichkeit einerseits, zwischen den Geistlichen und Lehrern andererseits werden nicht vermieden werden können, zumal den Geistlichen das Recht zusteht, den Religionsunterricht auch sachlich zu corrigiren. In den evangelischen Schulen wird dieser Uebelstand um so eher und leichter hervortreten, da die evangelische Kirche eigentlich keine feste Glaubensnorm hat. Die Bekenntnisse der evangelischen Kirche stimmen bekanntlich weder unter sich, noch mit der Bibel überein, und es könnte unter Umständen der Lehrer die „sachliche“ Correctur des Geistlichen unschwer zurückweisen und sich für seine Lehrausschauung auf eine andere Autorität berufen. Man nehme nur den Fall, daß der Geistliche lutherischen und der Lehrer reformirten Anschauungen huldigt; beide sind in der preussischen Landeskirche vertreten und beide sind sanctionirt, während die lutherischen Geistlichen die reformirte Lehre verwerfen.

Der Entwurf hält streng an der confessionellen Schule fest; die Simultanschule, wie sie der große Pädagoge Diesterweg angestrebt, scheidet aus dem Bereiche des Gesetzentwurfes aus.

Die Bewilligung der geforderten Geldmittel wird auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen, sobald nur erst die principiellen Punkte erledigt, sobald wenigstens die größten Beeinträchtigungen der Gemeinderichte und die größten Gefahren für die freie Entfaltung der Volksschule beseitigt sind.

Die Ausrüstung der ostafrikanischen Schutztruppe.

Während der Anwesenheit des Major Wismann in Deutschland sind in mehrfachen Konferenzen im Offiziersverein, welcher die Ausrüstung für die Schutztruppe befohl hat, alle die Anordnungen besprochen worden, welche die mehrjährige Erfahrung als nothwendig herausgestellt hat. Als vor zwei Jahren die Ausrüstung für die Schutztruppe in größter Eile hergestellt werden mußte, lagen auf deutscher Seite nicht viele Erfahrungen vor, man mußte sich wesentlich damit begnügen, die Engländer zu copiren, welche die größten Erfahrungen gesammelt hatten; heute liegt die Sache aber so, daß dank der Beobachtungsgabe der deutschen Offiziere deutsche Modelle aufgestellt und als tauglich bezeugen werden konnten.

Sichtlich das Beste ist allerdings noch eine Anlehnung an das englische Modell ersichtlich. Da ein gutes Zelt für die Tropen Schutz gegen Sonne und Regen bieten, eine gute Ventilation haben, von einfacher Construction, widerstandsfähig gegen Fäulnis und auf weichem sowohl als hartem Boden verwendbar sein soll, so bringt die Erfüllung dieser Anforderungen manche Schwierigkeiten mit sich. Das Zelt, wie es sich jetzt darbietet, hat ein doppeltes Dach, Ventilationsklappen, Fensteröffnungen, ein Bodentuch aus wasserdichtem Stoff, und hat Raum für Bett, Tisch, Stuhl, Koffer, Badewanne u. s. w. Das Gewicht eines solchen Zeltes beträgt dabei nicht mehr als 90 Pfund —

eigentlich vorerst nur als eine Kurzweil und weiter nichts erscheinend.

„Ist das die Liebe, die so einer, der ein ehrbarer Ehegatte werden will, in seinem Herzen spüren muß?“ spoitierte der Vetter. „Da höre man, wie die jungen Gefellen bei gegenwärtigen Zeitläuften ihre Brautwerbungen ansehen, als bloße Kurzweil!“ Und dabei gab sich der Eubert einen recht würdigen Anstrich, als er so seinem Genossen den Terg las.

„Ach, laß nur das Salbadern, welches dir doch übel ansteht, da dir der Fuchs zum Schappel herauslacht. Sage mir lieber ein Mittel, wie ich zum Ziele gelangen kann“, redete Moritz ungeduldig auf den Vetter ein.

Eubert Bartmann stützte nachdenklich den dicken Kopf, welcher ihm kurz zwischen den Schultern saß, auf seine Rechte und schwieg ein Weilchen. Dann fuhr er plötzlich von seinem Sitze auf und rief Moritz zu:

„Jetzt weiß ich, wo wir uns den besten Rath in sothanan Angelegenheit holen können. Bei keinem Anderen, als dem schlauen Fuchs, dem Petrus Glanthe, welcher im Priesterhause nahe bei den Schwarzmonchen (Dominikanern) wohnt. Wir wollen geradenwegs zu ihm gehen und ihm die Sache fürtragen; er wird schon Rath wissen. Gold- ein Weltpriester mischt sich oft genug in Liebeshändel.“

Dieser Vorschlag fand bei Moritz Ferber ungetheilte Beifall, und so rüsteten sich denn die beiden jungen Männer zum Gehen. Während Moritz sich an seinem Gewandstück „zu schaffen machte, um ein neues Wams anzulegen, da ihm dasjenige, welches er augenblicklich trug, für die Straße nicht vornehm genug dünkte, sah der Vetter ihm über die Schulter und machte urplötzlich ein höchlichst erstauntes Gesicht.

„Trügen mich meine Augen, oder ist es nur ein frommes Blendwerk und eitel Gleichnerei und Feuchtschein, was ich da sehe?“, rief er verwundert aus. „Woher kommt dort der Priesterrock unter die bunten Gewandstücke des Gekens wie ein Rabe unter die Eingevögel?“ Und dabei tippte der Vetter mit dem Finger an einen langen, schwarzen Priesterrock, welcher dort im Schrank unter den übrigen Kleidungsstücken hing. Moritz Ferber lachte hell auf und freute sich augenscheinlich über das verdunkelte Gesicht des Anderen.

„Du siehst dort ein Präst, welches mir Frau Dorothea, meine fromme Schwester, zum letzten Namenstage verehrte. Glaubst sie doch immer, daß ich noch einmal ein Priester werden könnte. Wes-

halb dieser neue Wahn in ihr ohnehin schon krankes Gehirn gefahren, weiß ich nicht zu sagen. Ich sehe doch wahrlich nicht danach aus, als ob ich demnächst in die Kutte oder den Priesterrock schlüpfen wollte.“

„Als Brautwerber schon sicherlich nicht“, bekräftigte Eubert Bartmann und griff nach seinem Barett, da Moritz wegfertig vor ihm stand.

Als sie das Haus verlassen hatten, langte der etwas schwerfällige Eubert nach dem Arm seines Begleiters, und so schlenderten die Beiden gemächlich die Brauergasse hinunter. Augenblicklich hielt die letztere von dem Brüllen der Rufe wieder, welche der städtische Hirt durch das Aufthor auf die Weide an der Mottlau trieb. Unterwegs kam dem Vetter der Gedanke, daß es vielleicht nicht unübel wäre, wenn sie einen Umweg machten und an Mathis Pielmanns Hause vorbeigingen, um dortselbst die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Diesen Plan wollte Moritz nicht von der Hand weisen, und so nahmen die beiden jungen Gefellen ihren Weg über den engen Pfarrhof von St. Marien nach der Frauengasse, wo Mathis Pielmann sein Heimwesen hatte. Als sie dort vorbeikamen, war freilich weder in der Hausthür noch an den Fenstern jemand zu erblicken, so daß sie wieder unverrichteter Sache abziehen mußten. Das störte ihnen jedoch keineswegs die gute Laune, und namentlich der Vetter steckte voll lustiger Späße, welche er manchmal auch an den Vorübergehenden, besonders den Mädchen anbrachte, weshalb den Beiden der Weg nicht lang wurde. Gar bald hatten sie das Dominikanerkloster erreicht, wo das Ziel ihrer Wanderung war. Dasselbe nahm mit seiner Kirche und den verschiedenen Baulichkeiten einen ziemlich umfangreichen Platz ein und hatte ein stattliches Aussehen. Dafür waren auch die „Schwarzmonche“ bei dem niederen Bolke beliebt und besaßen großen Einfluß. In der Nähe der Klosterkirche befanden sich noch, vom eigentlichen Kloster getrennt, zwei Häuser. Das eine derselben stand auf dem sogenannten „Aogelhyppel“ und wurde von „Aelpnonnen“ oder Beginen bewohnt, während das andere den zahlreichen Weltgeistlichen, welche sich kümmerlich als Altaristen nährten, zum Aufenthaltsort diente. Bei den Beginen war es ungemein lebhaft, als die beiden jungen Leute sich näherten, um dem Priesterhause zuzuführen, in welchem Herr Petrus Glanthe, Weltpriester und Schwärmer in allerlei Rechtshändeln, ein Stübchen bewohnte. Es hatten nämlich zwei Beginen, welche unter dem nach der

(Nachdruck verboten.)

Moritz Ferbers Brautwerbung.

Historische Erzählung aus Danzigs alten Tagen von Walthar Domansky.

(Fortsetzung.)

Die beiden jungen Männer waren indeß die schmale Wendeltreppe hinan in die oberen Räume des Ferberhauses gestiegen. Während Eubert unaufhörlich scherzte und allerlei Pöffen trieb, war sein Begleiter still und nachdenklich geworden. Der Vetter begann soeben ausführlich zu erzählen, wie einmal zwei Ordensbrüder in dem alten Ordenslande Preußen eine wirkliche und wahrhaftige Bierreise unternommen hatten. Derlei Schnurren und Chroniken waren für Eubert Bartmann stets ergötzlich gewesen, und so schien es ihm ein wahrer Gewinn, als er diese Geschichte von der Bierreise der zwei Ordensbrüder aus dem Munde eines lustigen Bettelmönches vernommen hatte und dieselbe nun überall zum Besten geben konnte.

„Müssen zwei fröhliche Gefellen gewesen sein“, schloß er seine Rede, „und ich bin ganz einerlei Sinnes mit ihnen, daß sie unser Danziger Bier „Wehre didy“ benamset haben. He, Muz, wie wäre es, wenn wir solch eine Bierreise selbster unternehmen thäten.“

Bei diesen Worten schlug er seinem Gefährten leicht auf die Schulter und sah ihn von der Seite an. Als der noch gar keine Miene machte, etwas darauf zu erwidern, sondern vielmehr in immer tieferes Nachsinnen zu verfallen schien, fuhr Eubert ärgerlich heraus:

„Weißt du auch, daß du mir heute just wie ein Vogel vorkommst, welcher aus dem Nest gefallen ist und sich nun trübselig in eine Ecke verkriecht?“

„Am“, meinte Moritz mit gezwungenem Lachen, „das ist's ja eben; ich möchte gern ein eigenes Nestchen haben und weiß nicht, wie dazu gelangen.“

„Du — du willst doch nicht etwa heirathen und die jetzt schon ein Ehegepons oder, wie man auch sagen könnte, einen Hausdrachen auf den Hals laden?“ erwiderte der Vetter stotternd. Doch ehe Moritz Zeit gewann, ihm zu antworten, stieß Eubert hastig eine Thür auf, vor welcher sie angelangt waren, und sagte: „Hier ist vorläufig noch dein Junggefellennest, und nun setz dich einmal her und erzähle, was oder auch wer dir so am Herzen liegt.“

Damit waren sie in ein niedriges Gemach eingetreten, dessen Fenster ebenfalls nach dem Hof

michtigen Frage der Ausrüstung für unsere Schutztruppen rüftig weiter gearbeitet.

Deutschland.

* Berlin, 20. November. Der Kaiser hat für den 24. d. M. seinen Besuch beim Amtrath v. Diehe in Harby zugesagt, um dort an einigen großen Jagden theilzunehmen.

[Die Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren.] Daß das neue Einkommensteuergesetz mit der Steuerfreiheit der Standesherrn auf räumt, wird allgemein mit Befriedigung begrüßt; nur die Forderung einer Entschädigung für die bisher zu Unrecht Befreiten stößt auf wohl begründeten Widerspruch. Die Vertheidiger der Ablösung betonen, daß es sich im ganzen nur um neun Familien handle, welche zur Zeit noch im Genuße des Privilegs sind. Die Personalfreihheit der mit Hohenpollern und den neuen Provinzen an Preußen gekommenen Standesherrn war bereits durch frühere Edicte oder Ablosungen beseitigt, mit Ausnahme des Herzogs von Arenberg, der jedoch auch für seine hannoverschen Besitzungen keine Personalfreihheit mehr genießt, wie überhaupt die preussische Klassen- und Einkommensteuer in den neuen Provinzen ohne Vorbehalte zu Gunsten der Standesherrn eingeführt ist. Der „Samb. Corr.“ meint, daß ein Privilegium, das auf einen so engen Kreis beschränkt ist, kein Gegenstand sei, um sich daran zu erhitzen; es handle sich um eine finanzielle bedeutungslose Angelegenheit. Ist das der Fall, so können ja die reichen Standesherrn die Aufhebung des Vorrechts um so leichter tragen. Warum soll denn die finanzielle Bagatelle diesen Herren abgenommen und dem Staate, d. h. den übrigen Steuerzahlern aufgebürdet werden? Die Verfassung bestimmt: „Standesvorrechte finden nicht statt“. Von einer Entschädigung bei Aufhebung solcher verfassungswidrigen Vorrechte steht in dem Grundgesetze nichts.

[L. Bruch im Cartell.] In Correspondenzen aus Heidelberg an die „Badische Landeszeitung“ war dem conservativen, mit national-liberaler Hilfe gewählten Abg. Menzer ein Mißtrauensvotum in Aussicht gestellt. Diese Correspondenzen wurden von dem nationalliberalen Parteivorstand in Heidelberg mit dem Bemerkem dementirt, daß solche Erwägungen im Vorstand garnicht zur Sprache gekommen seien. Am 9. d. hat aber dann der Vorsitzende dieses Vorstandes, Hofrath Meyer, als Delegirter in Karlsruhe des Mißbehagens über Meyers Wahl gedacht und erwähnt, daß die Nationalliberalen durch diese Wahl Mitglieder nach links hätten abgeben müssen; daß daher künftig nur ein Nationalliberaler im 12. Wahlkreise candidiren könne. Künftig hiesse doch aber erst in 4 1/2 Jahren, da der Reichstag doch bis dahin gewählt und keine Aussicht vorhanden ist, daß er ein früheres, als das natürliche Ende nehmen wird, und da braucht es doch jetzt keiner langen Rede. Herr Meyer hat aber die Absicht wohl gemerkt und in der „Landpost“ eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er auspricht, daß er sich weder durch Anpassungen der nationalliberalen Presse noch durch Reden des Herrn Hofrath Meyer veranlaßt sehen wird, von seinem Platz und Standpunkt zu weichen. Es geschieht den Herren schon recht, daß sie nun fünf Jahre auf Besserung warten müssen, denn solche Wahlen und die 5 Jahre sind ihr Werk; aber wenn nur nicht das Ganze darunter leiden müßte!

* [Professor Schweinfurth] wird sich demnächst nach Oberitalien und alsdann über Port-Saib zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke nach Massaua in Abessinien begeben. Er war in der letzten Zeit etwas leidend, ist aber wieder hergestellt. Im Frühjahr wird er hierher zurückkehren.

* [Eine Kirche für Stöcker] wollen dessen Freunde nach einem „Eingelände“ des Blattes „Volk“ in Berlin bauen. Dazu soll beitragen, „wer Leid empfindet über die schmerzliche Heimführung, die den großen Mann betroffen, der über ein Jahrzehnt im heiligen Kampfe für Christenthum und Monarchie gestanden“. Jeder soll nach seinem Vermögen zusammenlegen, „daß über Jahr und Tag in dem kirchenarmen Berlin ein neues Gotteshaus dasstehe, das unserm Stöcker zeit lebens gehöre. Was für Büchel und Cassel möglich war, sollte es nicht auch für Stöcker ge-

Straße gehen den Vorbau an einer Altardecke aufzuheben, sich entwerfen und einen heftigen Jüngerkrieg geführt, der nun bereits in Thätigkeiten auszuarten drohte. Darüber war das ganze Haus in Aufruhr gerathen, und überall schauten aus den Fenstern ältliche oder junge Frauengesichter hervor. Aus dem nahegelegenen Priesterhause aber steckte ebenfalls manch Bewohner seinen Kopf heraus und schalt entweder gröblich über das Gärmen oder brachte sein Behagen daran deutlich zum Ausdruck. Lubert Bortmann zeigte sich auch hier wieder als Meister des Augenblickes. Blüthnell tauchte er die eine Hand in den Wäschhuber und bespritzte tüchtig die beiden Reifenden mit der Lauge, worauf er sich schleunigst vor der Fluth von Schmähdreden in das Priesterhaus rettete und Moritz nach sich zog. Draußen hallte es noch wieder von dem Schelten und dem Gelächter der Zuschauer, als die Beiden schon die Treppe hinaufstiegen, um nach Petrus Glanthe zu fragen.

Der, hieß es, hätte sich jetzt zur Sommerszeit sein Studir (Studierstübchen) oben auf dem Boden unter dem Dach eingerichtet, vermutlich weil er dort unter den vielen Spinnweben seine Ränke besser spinnen könnte, wie ein alter, kahlköpfiger Priesterbruder hämisch bemerkte. Die beiden jungen Männer stiegen nun noch ein paar Treppen hinauf, bis sie in eine Dachkammer gelangten, wo Petrus Glanthe sein Quartier aufgeschlagen hatte. Der letztere sah am offenen Fenster, an welchem die Schwalben lustig zwitschernd durch die Lüfte vorbeistiegen. Aber er warf kaum einmal einen Blick hinaus in den lachenden Sommermorgen, denn er schrieb emsig an seinem Schreibpulte. Es war das niederdeutsche Volksbuch vom „Reinke Bos“ (Reinike Fuchs), welches er gar zu gern befeßen hätte und daher mühsam sich abzeichnen mußte, weil dajamal die gedruckten Bücher noch gar selten und unerwünscht theuer erschienen. Herr Petrus Glanthe steckte in einem linnenen Rock, welcher über und über mit Farbenkleben selbstam gezieret war. Er pflegte nämlich hier und da die Anfangsbuchstaben mit allerlei Farben gar schön zu illuminiren, und dabei bekam eben der Rock auch seinen Theil.

„Sei, Ihr seht jaßt wie ein Stieglitz aus“, sagte der Better, als er den Sachwalter begrüßte und mit Moritz Ferber bekannt machte. „Was habt Ihr da so eifrig zu schreiben, daß der Gänsekiel nur so knirscht auf dem harten Pergament?“

„Ein feines Büchlein“, lobte Herr Petrus Glanthe, „vom Reinke Bos“ —

„Dachte ich's mir doch daß Ihr mit dem verpandti seid“, spottete Lubert Bortmann und wies

lingen?“ Der Einfender, der gleich eine kleine Erklärung verpandti, möchte die Kirche, weil niemand anders darin zu Worte kommen sollte, als der Friedensfürst, „Friedenskirche“ genannt wissen. (11)

Potsdam, 19. Novbr. Der Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe ist mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Victoria, heute Abend 9 Uhr 50 Min. mittels Sonderzuges hier eingetroffen. Der Bahnhof war festlich geschmückt. Am Bahnhofe hatten die Eisenbahnarbeiter mit Magnesiumfackeln Aufstellung genommen: die Gaveluser, der Brauhausberg und die Kirchen waren beglänzt beleuchtet. Die hohen Neuermählten begaben sich unter enthusiastischen Rundgebeten der die Straßen füllenden Bevölkerung alsbald nach dem Stadtschlosse und nahmen in den sogenannten russischen Kammern Wohnung.

* Aus Stuttgart, 18. Novbr., wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Das Offiziercorps des Ulanen-Regiments Nr. 19 „König Karl“, des württembergischen „Elite-Regiments“ hat in jüngster Zeit viel von sich reden gemacht, leider durch recht unruhlmüthige Thaten einer Anzahl seiner Mitglieder. Einige kleinere fatale Vorkommnisse scheinen vertuscht worden zu sein, aber der arge Skandal im Offizierscasino aus Anlaß eines gar eigenartigen Balles mit Dienerrinnen der Venus in sehr mangelhaftem Kostüm, wobei die Herren Lieutenants in ihrer Orgie ganz unerwartet von dem gestrengen Herrn Regimentscommandeur überfallen wurden, hat eine gründliche Untersuchung zur Folge gehabt. Dieselbe endete damit, daß die Lieutenants Erbgraf Zell-Waldburg-Trauchburg, Freiherr v. Balois, Raupe und Sieger verabschiedet und Lieutenant Faber du Faur verurtheilt wurde. Der Präsident der Ersten Kammer Fürst Zell war selbst beim König, um Gnade für seinen Herrn Sohn zu erwirken — umsonst. Der König wies alle Veruche, die compromittirten Offiziere der verdienten Strafe zu entziehen, energisch zurück und gab selbst seiner Entrüstung über das Vorgefallene lebhaften Ausdruck. Als Nachspiel zu den skandalösen Vorkommnissen giebt es nun noch Duell. Eines auf Pistolen hat gestern bereits stattgefunden, wobei der verabschiedete Lieutenant v. Balois eine erhebliche Verwundung am Oberschenkel davongetragen haben soll.

Frankreich.

Paris, 19. Novbr. Einer der beiden in der vergangenen Nacht verhafteten Russen, Namens Mendelson, ist in Haft gehalten worden. Mendelson, der auch in den jüngsten Nihilistenprozeß wegen Anfertigung von Bomben verwickelt war, hat mit Podlewski, dem mutmaßlichen Mörder des Generals Seliverstoff, Verkehr unterhalten. Von Mitternacht an wurden bei allen hier wohnenden Russen, welche in den Prozeß vom Februar verwickelt waren, zur Ermittlung von Podlewski Hausdurchsuchungen vorgenommen. Man fand die Wohnung Podlewskis in der Rue Simart im Stadttheil Montmartre auf und entdeckte in derselben Revolverpatronen von demselben Kaliber, wie diejenige, mit der Seliverstoff ermordet wurde. Im Laufe des Nachmittags wurde die Frau Mendelson durch den Untersuchungsrichter vernommen. (W. I.)

Afrika.

AC. Tripolis, 17. Novbr. (Telegr. des Bureau Reuter.) Die türkischen Lokalbehörden haben den arabischen Häuptlingen befohlen, ihre Stämme zu bewaffnen und sie theilweise mit Pferden zu versehen. Auf diese Weise würde eine irreguläre Armee von 100000 Mann Fußtruppen und 10000 Reitern für mögliche Fälle zur Verfügung stehen. Die Häuptlinge bräuteten Besorgniß über die Bedeutung dieser Vorbereitungen aus. Man sagte ihnen jedoch, daß unmittelbar keine Gefahr drohe, die Behörden aber der Vorsicht halber so handelten und großes Gewicht auf das irreguläre Aufgebot legten.

* [Die Fische des Obercongo] umfaßt, wie der „Samb. Corr.“ schreibt, heute schon 25 Dampfer. Dieselben haben fast sämmtlich 5 und 7 Tonnengehalt, zwei besitzen ein Gehalt

auf das fuchsrothe Haar des Sachwalters. Der schlen den Scherz nicht gerade übel aufzunehmen, sondern entschuldigte sich nur, daß er den vornehmen Herren in dem engen Stübchen, welches außer einem Schmel und dem Schreibpult keinerlei Gerath aufwies, nicht einen Sitz anbieten konnte. Dann fragte er, womit er den Gästen dienen könnte.

Während Lubert ihm zurief: „Ihr habt doch gern die Hand im Spiel, wo es Heirathshandel giebt?“ trat Moritz näher an das Schreibpult, wobei er sich sorglich hütete, auf die am Boden herumliegenden Farbensnäpfe und Pergamentrollen zu treten, und erbat sich Rath in seiner Angelegenheit. Des weiteren mußte er dem Sachwalter berichten, wo und wie er die Jungfer Anna Pielmann zum ersten Male gesehen, nämlich auf der Hochzeit seines Freundes Georg Proite, ferner wie sich Herr Johann Ferber, sein Vater, von dem stolzen Pielmann einen Korb geholt, und wie die Dinge soweit ihren Verlauf genommen. Der Sachwalter stützte nachdenklich das rothe, blattennarbigte Gesicht auf seine Rechte und grübelte darüber nach, wie er Moritz helfen könnte. Als jedoch Lubert Bortmann von der Begegnung in der Ankerschmiedgasse am gestrigen Abend erzählte, hob er den Kopf und sagte eifrig:

„Ja, ja, so wird's gehen. Man muß solch ein Mädchenherz gleichsam überrumpeln wie ein friedlich Lager. Auch ein Bischen Drohung und Einschüchterung kann nichts schaden.“

Diese Worte kamen Moritz etwas bedenklch vor. Allein er hatte eine gar zu hohe Meinung von der Schlaueit und Gewandtheit des Sachwalters, so wartete er ab, was für einen Plan derselbe ausdenken würde. Herr Petrus Glanthe war damit alsbald fertig. Er würde, sagte er, im Namen des Junkers Moritz ein Brieflein schreiben; das sollte Moritz der Jungfer Pielmann heimlich zustucken lassen. Was in dem Brieflein stehen würde, verrieth er vorläufig noch nicht, und Moritz sowie der Better gaben sich zufrieden, es in Bälde zu erfahren. Damit nahmen die Beiden von dem Sachwalter Abschied und machten sich auf den Heimweg. Herr Petrus Glanthe aber wandte sich wieder seinem Schreibpult zu, da er es sich in den Kopf gesetzt hatte, am Vormittage noch mit dem einen Abenteuer Reinkes fertig zu werden, und kummerte sich weder um die linde Sommerluft und das Schwalbengezwitscher, noch um alle Liebeshandel der Welt, so lange er über seinen Pergamenten saß.

(Fortsetzung folgt.)

von 15 Tonnen. Nur drei dem Congostaate gehörige Dampfer sind erheblich größer. Die „Stadt Brüssel“ und die „Stadt Antwerpen“ haben je 40 Tonnen, der „Stanley“ 25 Tonnen. Von den 25 Dampfern gehören 9 der Congoregierung, 4 der französischen Regierung, 5 den belgischen Factorien, 2 den holländischen und 1 den französischen Factorien, 3 den Missionen Englands, Amerikas und Frankreichs und als letzter, jezt nach Afrika abgegangener Dampfer tritt die „Delivrance“ hinzu, welche Eigenthum der belgischen Antislaverei-Gesellschaft ist und den belgischen Missionen dienen soll.

Amerika.

* Aus Buenos-Ayres ist folgende Meldung eingelaufen: Das Centro Político Espartero, Verein aller Fremden Argentinien, veranstaltete gestern in allen größeren Städten des Landes Protestmeetings gegen das neue Wahlgesez für die Colonisten. Kaum fünf Procent seien in Folge dieses Gesezes von den Fremden wirklich stimmberedigt gewesen. Nach Schluß der Versammlung kam es in Buenos-Ayres selbst zwischen den Mitgliedern des Centro Político Espartero und der Polizei zu ernstlichen Conflicten auf der Straße. Schmähdreden auf den Präsidenten Pellegrini sind ausgeföhren worden. Mehrere Polizisten wurden verwundet, sowie von der erregten Volksmenge mit Steinen beworfen und niedergeworfen. Erst eine Abtheilung Cavallerie konnte die Ordnung wieder herstellen, nachdem zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden waren.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 20. Novbr. In der heutigen fast sechsstündigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sprachen die Abgg. Rickert, v. Zellitz (freiconf.) und Enneccerus (nat.-lib.) dafür, über die Einkommen- und Erbschaftsteuer gemeinsam zu berathen. Reichensperger (Cent.), Raachhaupt (conf.) und Windthorst für getrennte Berathung, welche gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Freiconservativen beschloffen wurde. Zu der Generaldiscussio des Einkommensteuergesezes nahm zunächst der Finanzminister Miquel zu einer mehr als zwelfstündigen, mit vielen Details ausgefüllten Rede das Wort. Gemeldet waren 6 Redner gegen, 19 für die Vorlage. Zu Wort kamen heute noch Reichensperger, Raachhaupt und Rickert, dann wurde die Verhandlung bis morgen 11 Uhr vertagt. Abg. Rickert hatte nach schon mehr als vierstündiger Debatte Vertagung beantragt, die Mehrheit hatte dieselbe aber abgelehnt und Rickert dann eine über 1 1/2stündige Rede gehalten.

Abg. Rickert führt aus: Die uns vorgelegte Steuerreform ist eine dringliche; noch dringlicher ist die Reform der Landgemeinbeordnung. Auch wir werden unsere Mitarbeit nicht versagen und stimmen dem Programm des Ministers in seiner Allgemeinheit bei, aber wir werden prüfen, wie weit die Vorlagen geeignet sind, die Liebe zum Vaterlande und das „Eidheimsichthühlen“ im Lande zu stärken. Endlich will man einen Ausgleich herbeiföhren gegen die indirecten Steuern im Reiche, welche die ärmsten Klassen belasten, aber das ganze Reformwerk wird wirkungslos sein ohne gleichzeitige Revision des Reichssteuern. Wir haben große schwankende Ueberweisungen vom Reiche an die Einzelstaaten und von diesen an die Gemeinden. Nirgends ist eine feste Beziehung zwischen diesen Körperschaften. 400 Millionen sind im Reiche mehr erhoben worden als nöthig war, und zwar aus den Taschen der ärmsten Steuerzahler. Sie können diese garnicht durch eine Reform der directen Steuern entlasten, denn 75 Procent der Steuerzahler sind ja frei von directen Steuern. Jede Steuerreform in Preußen, die wahrhaft die ärmeren Klassen entlasten soll, muß mit einer Herabsetzung der Bülle auf die nothwendigsten Lebensmittel verbunden sein. Ob eine solche Reform in Aussicht steht, weiß ich nicht; vielleicht kommt uns jezt Süddeutschland dabei zu Hilfe. Im Reichstage sind Thaten zu holen, die Millionen zufrieden machen, aber auch Unterlassungen, welche die Unzufriedenheit bei Millionen erhalten werden. Unser Land leidet unter einer Vertheuerung der Lebensmittel durch Bülle, wie sie kein anderes Land zu tragen hat. (Widerspruch rechts.) Wenn wir aber einmal an eine Zollreform gehen sollten, so werden wir auch jezt schon darauf bedacht sein müssen, uns die Steuerquellen in den Einzelstaaten nicht zu verstopfen, die wir dann in Anspruch nehmen müßten. Zu einer Erhöhung der Steuern ist aber jezt wahrlich nicht die Zeit. Es ist wahrscheinlich, daß durch die Selbststeinschätzung ein höherer Steuerertrag erzielt werden wird; ein Ansameln der Mehrerträge aber ist der Tod dieser ganzen Reform. Und was wird aus den Mehrerträgen der Erbschaftsteuer? Sollen sie auch in den Kassen gelegt werden? Eine Controle der Erbschaften und damit des Einkommens läßt sich auch ohne Steuer ermöglichen. Ich hoffe, daß Sie mit der Trennung der beiden Geseztentwürfe in der Discussio auch das Begräbniß der Erbschaftsteuer beschloffen haben. Was die Declarationspflicht betrifft, so wird sie sich recht wohl durchföhren lassen auch beim Grundbesitz. Die Selbststeinschätzung ist der beste Weg der Steueranlagung; sie ist auch eine wirtschaftliche Schule für den Gensiten, den sie zwingt, sein Einkommen genau zu berechnen. Eine richtig veranlagte Einkommensteuer giebt auch einen Einblick in die Verhältnisse des Landes und ist daher ein wichtiges Hilfsmittel der Gesezgebung. An einer Forderung aber müssen wir festhalten: Kein Steuergesez, wenn dadurch auch nur ein Pfennig mehr als nöthig erhoben wird. Damit hängt die Quotifirung zusammen, ein Recht, welches uns immer noch verweigert wird, wiewohl alle Parteien mit Ausnahme der Rechtsconservativen dasselbe fordern. Ich hoffe, daß der Finanzminister uns in diesem Punkte noch entgegenkommen wird.

Was die Einzelheiten anbetrifft, so glaube ich vor allen Dingen, daß in dem Einkommensteuer-Entwurfe die mittleren Stufen zu scharf herangezogen werden, und hoffe, daß hier noch eine Aenderung eintreten wird. Auch müßten namentlich bei den höheren Einkommen größere Zwischenräume für die Abstufung

genommen werden, weil es da kaum möglich ist, bis auf hundert Mark das Einkommen festzustellen. Was die Zusammensetzung der Commissionen anbetrifft, so glaube auch ich, daß es nicht angängig ist, wenn Leute in diese Commissionen gefandt werden, welche nicht in dem betreffenden Kreise wohnen. Was hat ferner der Landrath, ein politischer Beamter, mit der ganzen Sache zu thun? Cassen Sie den Landrath heraus; die Gensiten fürchten die Gewalt des Landraths und des Kreissecrätärs. Der Herr Finanzminister sagt, andere Beamten wären nicht vorhanden. Nun, die Regierung schreckt doch sonst nicht zurück vor Schaffung neuer Beamten. Weitere Bemerkungen behalte ich mir vor. Wir stehen der Vorlage nicht unfreundlich gegenüber, aber nur unter einer Bedingung: Keinen Pfennig mehr als erforderlich! Die Tendenz der Vorlagen erkennen wir an. Wir sind dem Ministerpräsidenten dankbar, daß er gesagt hat, die Schäden müßten von innen geheilt werden. Dazu gehört auch eine Steuergesezgebung, welche Zufriedenheit bewirkt. Der frühere Reichskanzler hat uns einmal vorgeworfen, die Opposition wolle die Unzufriedenheit. Nichts ist ungerechter. (Widerspruch rechts.) Wir wollen Zufriedenheit und werden mit der Regierung gehen, gleichviel ob der alte Curs oder ein neuer Curs innegehalten wird; doch, nur vorwärts, nie rückwärts. (Bravo links.)

Finanzminister Miquel: Mit ihrer dreifachen Steuer-vorlage glaube ich die Regierung in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Landes zu befinden, welches über die Ungleichheit der Vertheilung der Last weit mehr als über deren Höhe sich beklage. Die Einkommensteuervorlage solle dem Uebelstande der zu geringen Heranziehung der höheren und höchsten Einkommen abhelfen. (Beifall rechts.) Ebenso habe die Gewerbesteuer vorlage die Ausgleichung ähnlicher Ungleichmäßigkeiten zum Zweck. Diesen zu erreichen, bedürfte es keiner neuen unbewährten Grundlagen. Man brauche nur an die alten bewährten Grundzüge wieder anzuknüpfen. Die Klassensteuer, ursprünglich eine Art Berufs- und Standessteuer, sei durch die Geseze von 1851 und 1873 zur Einkommensteuer gestaltet worden, so daß jezt anderweitige Ordnung der bestehenden Klassen- und klassificirten Einkommensteuer unermesslich sei. Dasselbe gelte von der Gewerbe- und Erbschaftsteuer. Ueberall bleiben die Reformvorschlüge auf dem Boden der historischen Entwicklung und bedeuten auf diesem Boden nur einen Schritt vorwärts. Die Einkommensteuer müsse zum Schluß den gesamten Staatssteuersystems gemacht werden. Die Grund- und Gebäudesteuer zu einer Communalsteuer zu machen, sei schon lange der Wunsch der Regierung und weiter Kreise des Landes. Ob es je gelingen werde, die Staatsfinanzen auf die Personalfsteuer ausschließlich zu begründen, darüber brauche man unter den heutigen Verhältnissen nicht zu streiten. Die Grundsteuer könne als Steuer kleinerer Verbände leicht gleichmäßiger wirksam gemacht werden, als sie gegenwärtig als Staatssteuer wirke, sie eigne sich aber auch ihrer Natur nach zur Communalsteuer. Der frühere Vorschlag, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Communen zu überweisen, sei aus inneren und finanziellen Gründen nicht wiederholt worden, da einerseits das Gesamtaufkommen an Steuern nicht erhöht werden sollte, andererseits ohne Ersatz auf sichere Staatseinnahmen nicht verzichtet werden konnte. Der Finalabschluß von 1889/90 weise 97 Millionen Ueberschuß auf (Süß, hört links), ein sehr hoher Ueberschuß, aus dem aber Schlüsse auf die dauernde Gefaltung der Finanzen nicht gezogen werden dürfen. Eine Verminderung der sicheren Einnahmen des Staates ohne Ersatz sei absolut unthunlich. Die Regierung und die Volksvertretung hätten diese Frage gleichmäßig und vorsichtig zu behandeln. Niemand wisse, um welchen Betrag die Einkommensteuer wachsen werde. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer könne in keinem Falle früher stattfinden, als die betreffende Zahl vorliege. Auch sonst könne ein kleiner Aufschub nicht schaden, da die neue Landgemeinbeordnung ebenfalls die späteren Schritte erleichtern würde. Der Einwand gegen die Dringlichkeit der Reform der directen Steuern, der aus der größeren Reformbedürftigkeit der Communalsteuer oder indirecten Steuern hergeleitet werde, sei nicht stichhaltig. Der Reform der Communalsteuern müsse die der directen Steuern unbedingt vorangehen. Mit den indirecten habe man sich hier überhaupt nicht zu beschäftigen. Die Privilegien der Reichsunmittelbaren würden vom Entwurf aufgehoben, die Privilegien im engeren Sinne nach angemessener Entschädigung; bis zum Jahre 1894 werde hoffentlich diese Entschädigungsfrage geregelt sein. Die Besteuerung der Actiengesellschaften werde durch das Princip der allgemeinen Einkommensteuerverpflicht bedingt. Eine gewisse materielle Doppelbesteuerung werde sich nicht vermeiden lassen. Uebrigens sollen ja 3 Procent des Betriebskapitals von der Besteuerung freigelassen werden. Ueber diese Grenze hinaus würden neben den Staatsbürgern aber auch die ausländischen Actionäre herangezogen werden, denen sonst mit der Einkommensteuer garnicht beizukommen sei. (Sehr gut! rechts.) Bleibe der Grund- und Eastein des Ganzen noch erreichbar, so werde die Regierung in Einzelfragen mit sich reden lassen: in dubiis libertas! Der Großbetrieb werde jezt endlich seine Schuttbügel dem Staate gegenüber thun. Auch hier muß ausgleichende Gerechtigkeit geübt werden gegen den überlasteten kleineren und mittleren Gewerbebetrieb. Möchte das Haus über den Einzelfragen den Blick für das Ganze nicht verlieren! Alle Parteien wollen die Steuerreform, mögen sie alle sich daran theilnehmen. Wenn die Gerechtigkeit aufgerufen wird, giebt es in Preußen keine Parteien!

Nach Miquels Rede verläßt der größte Theil der Abgeordneten den Saal. Abg. Reichensperger spricht vor kaum 80 Abgeordneten und ist auf der Tribüne schwer verständlich; er spricht, theilweise nur in seinem Namen, nicht in dem seiner Freunde, für höhere Heranziehung des fundirten Einkommens, jedenfalls müßte mehr Rücksicht auf Familienverhältnisse genommen werden; er ist gegen den Declarationszwang, weil der ehrliche Mensch dabei schlimmer fahren werde als jezt.

Paris, 20. Nov. Podlewski ist bisher noch nicht verhaftet. Einer Version der Morgenblätter zufolge ermordete Podlewski Seliverstoff nicht aus politischen Motiven, sondern aus Eifersucht. Die Nachricht von der Freilassung Mendelsons

Rothe Bordeauxweine, direct bezogen, à Flasche
50 und 2 M bei A. Rurowski, Breitgasse 89, Peters-
agen 8.

Dieselben sind wegen der Höhenlage und der Art des landwirthschaftlichen Betriebs der Gegend v. seltenem Wohlgeschmack und höchster Nährkraft, worauf die zahlreichen ärztl. Anerkennungen zurückzuführen sind.

Rosen. (7577)
Gein fein möbl. Zimmer u. Saal
 zu verm. Heiligegeistg. 68 p.
18 607
 kauft zurück
Die Expedition.
 Druck und Verlag
 von A. W. Rafemann in Danzig